

Bildungssystem

Lernbehinderung: Inklusion am MGW ist Geschichte

Von unserer Mitarbeiterin ANJA TENBROCK

Warendorf (gl). Es war ein Novum in der Emsstadt: Im August 2015 wurden zum ersten Mal Kinder mit einer Lernbehinderung auf dem Gymnasium aufgenommen. Fünf Schüler mit dem Förderbedarf Lernen und zum Teil emotionale und soziale Entwicklung wurden gemeinsam mit Regelschülern in einer fünften Klasse auf dem Mariengymnasium (MGW) eingeschult. Vier Jahre später ist keiner von ihnen mehr da.

Und zudem: Der Inklusionsunterricht am MGW ist quasi Geschichte – die Marienschule ist seit Beginn des Schuljahres 2019 / 2020 offiziell kein Ort des gemeinsamen Lernens mehr für Kinder, die aufgrund ihres sonderpädagogischen Förderbedarfs nicht mit dem Ziel Abitur unterrichtet werden können.

Warum? Und wie ist es generell um das Thema „Inklusion und Regelschule“ bestellt? Wollen Eltern wirklich wieder mehr Förder-

derschulen, wie sie derzeit wieder im Kreis Warendorf geschaffen wurden und noch werden sollen? „Die Glocke“ ist auf Spurensuche gegangen – beim MGW, beim Kinderschutzbund des Kreises Warendorf und bei Eltern.

Die Mädchen und Jungen, die 2015 aufgenommen wurden und mit Beginn des neuen Schuljahres am 28. August am MGW in die neunte Klasse gekommen wären, „haben das Gymnasium alle verlassen“, bestätigt Schulleiterin Uta Schmitz-Molkewehrum im „Glocke“-Gespräch. Bereits zum Schuljahr 2018 / 2019 sei die Inklusion am MGW „ruhend gestellt worden“. Aktuell werden der Pädagogin zufolge noch fünf Kinder mit dem Förderschwerpunkt Lernen im siebten und achten Jahrgang unterrichtet, die 2016 und 2017 aufgenommen worden sind. Noch sei unklar, wo die Reise für die Schüler hingeht.

Generell aber ist Schluss: „Wir nehmen keine Schüler mehr auf, die zieldifferent unterrichtet werden müssen“, erläutert Schmitz-Molkewehrum. Gemeint sind damit Schüler, die „nicht das Lern-

ziel Abitur haben“.

Dass der Ausstieg vom Einstieg überhaupt möglich ist, ist der Politik in Düsseldorf geschuldet: Im Juli 2018 hat NRW-Bildungsministerin Yvonne Gebauer ein „Eckpunkte-Papier zur Neuausrichtung der Inklusion in der Schule“ vorgelegt. Ein Punkt darin: Gymnasien entscheiden nun freiwillig, ob sie zieldifferent unterrichten wollen oder nicht. Schmitz-Molkewehrum weiß, dass den Gymnasien deshalb vorgeworfen wird, sie wollten sich aus der Verantwortung stehlen.

Aber das stimme so nicht: „Das gesamte Kollegium hat sein Bestes gegeben“, betont sie mit Nachdruck. Und nicht nur das: Das MGW habe mit wenig Inklusionskindern in einer Jahrgangsstufe auch sehr viel Unterstützung bekommen, meint Uta Schmitz-Molkewehrum. Gereicht hat es trotzdem nicht: Das Problem ist ihrer Ansicht nach ein anderes. Sie sieht es in der Schulform an sich begründet. Einerseits. Andererseits aber auch als die Folge mangelnder Ausstattung mit Personal.



Der gemeinsame Unterricht von Regelschülern und Schülern mit dem Förderbedarf Lernen am Mariengymnasium in Warendorf ist gescheitert. Bild: Jonas Güttler, dpa

Schere immer größer – Kinder immer einsamer

Warendorf (ate). „Die Erfahrungen mit Blick auf den inklusiven Unterricht von Regelschülern und Schülern mit einer Lernbehinderung haben uns sehr deutlich gezeigt, dass die Inklusion so nicht funktioniert. Wir haben keine ausreichenden Ressourcen an Lehrkräften und Sonderpädagogen“, erklärt Uta Schmitz-Molkewehrum, Leiterin des MGW. „Das gemeinsame Unterrichten der Regel- und Inklusionskinder war das Ziel, um die Integration vorantreiben zu können. Möglich war das aber nur hauptsächlich in den Nebenfächern“, erläutert sie.

Die Praxis: Während der Deutsch-, Mathe- und Englischstunden hat eine Sonderpädagogin beziehungsweise ein Förder-

schullehrer die Inklusionskinder in einem Nebenraum unterrichtet. Das Lernen einer zweiten Fremdsprache ab Klasse sechs ist für diese Schüler gar nicht vorgesehen. Auch während dieser Stunden wurden die Inklusionskinder aus dem Unterricht genommen und extra unterrichtet.

„Was in der Jahrgangsstufe fünf sehr gut geklappt hat, wurde zunehmend schwieriger“, stellt Julia Bosse, Inklusionsbeauftragte am MGW, fest. „Je mehr die Regelkinder ihr Wissen aufbauen und die Inklusionskinder an dieses Wissen nicht mehr anknüpfen konnten, selbst in den Nebenfächern nicht, wurde die Schere zwischen Regel- und Inklusionskindern von Jahr zu Jahr größer“, berichtet die Schulleiterin.

„Damit einher ging die Schwierigkeit der sozialen Kontaktaufnahme der Kinder untereinander, weil die Gesprächsthemen andere wurden“, ergänzt Julia Bosse. „Die Lebenswelten, Interessensgebiete und Themen gingen sehr, sehr weit auseinander. Und es ist einfacher, das wissen wir alle, mit jemandem befreundet zu sein, der dieselben Gesprächsthemen hat“, schildert die Pädagogin das Problem. Ironischerweise hätten die Inklusionskinder schließlich viel weniger Sozialkontakte gehabt, als sie vielleicht an einer Förderschule gehabt hätten, meint Schmitz-Molkewehrum. Die Folge: „Das ein oder andere Kind hat über Einsamkeit geklagt.“

Je größer das Ungleichgewicht geworden sei, desto schwieriger sei es für die Fachlehrer geworden, den Inklusionskindern gerecht zu werden. Viele Fachlehrer hätten allein in der Klasse unterrichtet. „Sie hatten zwar binnendifferenziertes Lehrmaterial, haben aber festgestellt, dass sie gar nicht so viel differenzieren können, um angemessen zu fördern. Das ist frustrierend“, betont Julia Bosse. „Die Sonderpädagogen konnten nicht jede Stunde begleiten. Eine Förderschullehrerin mit einer vollen Stelle und ein weiterer Kollege mit einigen Stunden können nicht in drei Jahrgangsstufen mit 90 Wochenstunden in jeder Stunde mit im Unterricht sein“, rechnet sie vor.



Die Inklusion am Gymnasium für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf Lernen kann nur funktionieren, wenn genügend Förderschullehrer zur Verfügung stehen. Das Fazit ziehen (v.l.) Uta-Schmitz-Molkewehrum, Leiterin des Mariengymnasiums, und Julia Bosse, Lehrerin und Inklusionsbeauftragte an der Schule. Bilder (2): Tenbrock

Frustrierend: Lehrer ohne Zeit für bessere Förderung

Warendorf (ate). Am Ende war man sich einig: „Aus Sicht der Inklusionskinder mussten wir erkennen, dass, bei allem intensiven Engagement der Kollegen, die Förderung hätte besser ausfallen können, wenn man mehr Zeit für sie gehabt hätte“, bringt es Uta

Schmitz-Molkewehrum auf den Punkt. Beide Pädagoginnen sind aber davon überzeugt, dass „Inklusion am Gymnasium gelingen kann – jedoch nur mit einem anderen Personalschlüssel“. Erforderlich wäre, dass jeder Inklusionsklasse ein Förderschullehrer

während der gesamten Unterrichtszeit zur Verfügung steht.

Die jetzige Regelung der Landesregierung sieht nach Ansicht von MGW-Schulleiterin Schmitz-Molkewehrum zudem „richtigerweise vor, Inklusion an integrativen Systemen wie der Gesamt-

schule stattfinden zu lassen, da diese Schulform schon in sich eine andere Differenzierung für lernstarke und lernschwächere Schüler bereithält“. Die Gesamtschule sei aufgrund ihrer heterogenen Schülerschaft bezüglich Materialien, Räumen und Lehr-

kräften ganz anders aufgestellt. Das Gymnasium wiederum habe die Aufgabe, lernstarke Kinder zu unterrichten mit dem Ziel, sie zum Abitur zu bringen. Unterschiede innerhalb dieser Gruppe gebe es zwar auch, sie seien aber keineswegs so gravierend.

Zitat

„Wenn bei der Umsetzung einer politischen und gesellschaftlichen Aufgabe Schwierigkeiten entstehen, ist es Aufgabe der Politik, diese (...) zu überwinden und nicht, das Ziel in Frage zu stellen.“ – Bündnis für Inklusive Bildung NRW

Neue Förderschulen nicht zielfördernd

Warendorf (ate). „Wenn wir Inklusion wollen, müssen wir das Bildungssystem neu denken.“ – Für Sylvia Klett und ihre Kollegin Bernadette Wessels-Bremerich, Inklusionsbeauftragte beim Kinderschutzbund des Kreises Warendorf, ist die Schaffung neuer Förderschulen im Kreisgebiet für die Umsetzung der Inklusion kontraproduktiv. „Im Kreis Warendorf sind in den vergangenen Jahren fast alle Förderschulen aufgelöst worden, aber werden jetzt wieder reaktiviert“, erläutert Sylvia Klett im Gespräch mit der „Glocke“.

Sie glaubt, dass der zweite Schritt, nämlich der gemeinsame Unterricht für Kinder mit und ohne Handicap an den Regelschulen, nicht in letzter Konsequenz gegangen worden sei. „Ich habe das Gefühl, dass die Inklusion zurückgefahren worden ist.“ Sie weiß, dass Kinder mit Förderbedarf, ihre Eltern und Lehrer in der Praxis oft an Grenzen stoßen, weil es an vielen Ecken fehlt: an Material, an Räumen, an kleinen Klassen, an Lehrern, an Sonderpädagogen, an Zeit.

Wie schwierig es für Eltern ist, die richtige Schule zu finden, wenn sie ein Kind mit Förderbedarf haben, schildern zwei Mütter aus dem Kreis Warendorf. Ihre Kinder haben beide das Asperger-Syndrom, eine Form des Autismus. Sie möchten beide anonym bleiben. Die Redaktion hat ihre Namen geändert.

Elke H. ist bereits in der Grundschule – trotz aller Bemühungen der Schule – immer wieder an Grenzen gekommen: „Die

Möglichkeiten der Förderung meiner Tochter waren eingeschränkt. Ich bin oft zur Unterstützung mit in den Unterricht gegangen. An der Klassenfahrt konnte meine Tochter gar nicht teilnehmen.“ Deshalb habe die Familie nach der vierten Klasse die Montessori-Schule in Sendenhorst gewählt. Zwar müsse ihre Tochter jeden Tag rund zwei Stunden mit dem Bus fahren, aber die Schule sei mit Förderprogrammen gut aufgestellt. „Sie glauben an Inklusion und sind qualifiziert“, betont Elke H., die sich seither entlastet fühlt.

Eine Odyssee haben hingegen Heike W. und ihr Sohn hinter sich. Der Besuch zweier Regelschulen sei schiefgegangen, obwohl eine davon eine ausgewiesene Inklusionsschule gewesen sei. Inzwischen besuche der Jugendliche eine Förderschule in Münster, erzählt die Mutter. „Zwar ist mein Sohn vom Unterrichtsstoff her unterfordert, aber die Lehrer sind alle Förderschullehrer, entsprechend kompetent und noch dazu immer ansprechbar“, fasst Heike W. zusammen. Das habe sie an den anderen Schulen oft vermisst. „Die konstruktive Zusammenarbeit mit den Lehrern hat gefehlt. Noch dazu hat in sieben Jahren sechsmal der Integrationshelfer gewechselt. Nur einmal war es unser Wunsch“, kritisiert die Mutter.

Für Heike W. steht fest, dass „Eltern und Lehrer bei der Umsetzung der Inklusion zu sehr allein gelassen werden – gut gewollt heißt nicht gleich wohlwollend gemacht.“



Wenn Inklusion gelingen soll, muss Schule neu gedacht werden. Das wünschen sich (v.l.) Bernadette Wessels-Bremerich und Sylvia Klett vom Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Warendorf.

Weg vom Konzept der Mangelverteilung

Warendorf (ate). Die Erfahrungen der beiden Mütter zeigen deutlich, wo es hakt. „Wenn Eltern wieder vermehrt auf Förderschulen setzen, dann auch deshalb, weil die Förderung der Inklusionskinder in einer Regelschule nicht optimal funktioniert, und nicht, weil sie alle per se eine Förderschule wollen“, weiß die Inklusionsbeauftragte beim Kinderschutzbund, Sylvia Klett. Viele Eltern sähen keine Chance für ihr Kind an der Regelschule – „die Probleme fehlender Ressourcen sind bekannt“. An einer Förderschule wüssten sie ihr Kind zumindest gut versorgt. „Sie sind müde, zu kämpfen, denn Inklusion ist auch für Eltern ein steter Kampf“, gewährt Sylvia Klett Einblick in ihre Erfahrungen ihrer Beratungsarbeit.

„Von der Rolle rückwärts“ wollen Sylvia Klett und Bernadette Wessels-Bremerich zwar nicht sprechen, aber sie werfen die Frage auf, „ob der Kreis den richtigen Weg eingeschlagen hat“. Wenn jetzt wieder mehr auf För-

derschulen gesetzt wird, ist nach Meinung der Fachfrauen wieder eine Chance in Sachen Inklusion vertan. Der Ansatz könne nur sein, dass das gemeinsame Lernen von Anfang an praktiziert und konsequent verfolgt werde, betont Bernadette Wessels-Bremerich. Sie erinnerte daran, dass Inklusion ein gesetzlich verankertes Menschenrecht ist. Gedanken müsse sich die Gesellschaft generell darüber machen, ob das Festhalten am bisherigen Schulsystem zukunftsfähig sei: „Alles nur über Leistung zu definieren und auszusortieren, läuft irgendwann ins Leere“, ist die Inklusionsbeauftragte überzeugt.

Sylvia Klett hält zudem nichts davon, beide Systeme – Regel- und Förderschulen – nebeneinander laufen zu lassen: „Von einem sowieso schon grundsätzlich niedrigen Etat für unser Bildungssystem zwei vollständige Schulsysteme zu finanzieren, ist unmöglich. Das Konzept ist die Verteilung von Mangel. Davon müssen wir weg“, fordert sie.

Hintergrund

Nachdem CDU und FDP 2017 in NRW das Ruder übernommen haben, wird Förderschulen wieder eine andere Bedeutung zugemessen – das ist auch im Kreis Warendorf zu beobachten. In den vergangenen Jahren sind im Kreisgebiet fast alle Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen geschlossen worden, jüngstes Bei-

spiel in Warendorf die Franziskus-Schule 2017. Grund: Zu wenig Anmeldungen. Mit dem aktuellen Inklusionskonzept setzt der Kreis auf neue Förderschulen. „Wir haben klare Rückmeldungen von Eltern und Lehrern, dass Förderschulen gebraucht werden“, erklärte Landrat Dr. Olaf Gericke jüngst im Juni. So ist die Astrid-

Lindgren-Schule in Warendorf (mit einem Teilstandort in Beckum) seit Beginn des neuen Schuljahres nicht mehr nur eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sprache (Klassen eins bis vier), sondern auch mit dem Förderschwerpunkt Lernen (erste bis zehnte Klasse).

Anders sieht die Regelung für

Kinder im Bereich „Emotionale und Soziale Entwicklung“ aus: Sie besuchen Regelschulen, können aber für eine bestimmte Zeit an einem „Schulischen Lernort“ in Ahlen (Regenbogenschulhaus) und Warendorf (noch zu bauen) unterrichtet werden – mit dem Ziel, schnellstmöglich an eine Regelschule zurückzukehren. (ate)